Hitzewellen: Wut und Traurigkeit. Und trotz allem Hoffnung.

Von Christine Poupin und Daniel Tanuro | 17.08.2026

Die außergewöhnlichen Hitzewellen der letzten Monate verdeutlichen die eskalierende Klimakrise und ihre dramatischen Folgen für Gesundheit, Landwirtschaft, Biodiversität und soziale Gerechtigkeit. Besonders betroffen sind die Armen. Die wissenschaftliche Diagnose ist eindeutig: Die globale Erhitzung wird durch die fortgesetzte Verbrennung fossiler Energieträger angetrieben. Die Autor:innen werfen den Regierungen Klimakriminalität vor. Sie machen den kapitalistischen Wachstumszwang für die anhaltende Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen und die Schwächung von Klimaschutzmaßnahmen verantwortlich. Gleichzeitig warnen sie vor dem Erstarken autoritärer und rechtsextremer Kräfte, die Klimaschutz weiter untergraben. Trotz der existenziellen Krise plädieren die Autor:innen gegen Resignation: Sie argumentieren dafür, die erforderliche radikale Emissionsreduktion mit sozialer Anpassung zu verbinden. Sie fordern demokratische und solidarische Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung sowie den Aufbau einer internationalen Bewegung für Klima- und soziale Gerechtigkeit. Hoffnung liegt in kollektiver Mobilisierung, neuen Annäherungen unterschiedlicher Bewegung und einer Zusammenführung der klassischen Arbeiter:innenbewegung mit der Klimabewegung. Eine ökosozialistische Wirtschaft müsse sich an menschlichen Bedürfnissen und ökologischen Grenzen orientieren.

Innerhalb von weniger als zwei Monaten wurde Europa von drei Hitzewellen[1] heimgesucht, die hinsichtlich ihres frühen Auftretens, ihrer Intensität, ihrer Dauer und ihrer geografischen Ausdehnung außergewöhnlich waren.

Die gesundheitlichen Auswirkungen sind zahlreich und dramatisch: Atemwegsbeschwerden, insbesondere aufgrund der Ozonbildung (durch Stickoxidemissionen von Verbrennungsmotoren – der Grenzwert für gefährliches Ozon wurde im Juni für 300 der 450 Millionen Europäer:innen überschritten); Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Infektionskrankheiten, akutes Nierenversagen und Luftverschmutzung durch Rauch von Waldbränden. Diese Folgen verschärfen die sozialen Ungleichheiten bei den Wohn-, Verkehrs-, Arbeits- und Einkommensbedingungen noch weiter. Die Zahl der zusätzlichen Todesfälle geht

in die Tausende. In den ärmsten Regionen, in denen die Möglichkeiten, sich vor Hitze und Umweltverschmutzung zu schützen, am geringsten sind, liegen die Übersterblichkeitsraten bei fast 80 % und entsprechen damit denen während der COVID-19-Pandemie.

Nicht nur Menschen leiden und sterben. Auch Nutztiere zahlen einen hohen Preis, insbesondere Rinder (die physiologisch nicht an solche Temperaturen angepasst sind) und Geflügel. In den industriellen „Fleischfabriken" sind zehntausende Tiere gestorben. Abgesehen von dem ethischen Schock, den dieses Massensterben auslöst, ist es Teil der umfassenderen schwerwiegenden Folgen der Hitzewelle für die landwirtschaftliche Produktion und die Ernährungssouveränität. Mit weitreichenden Auswirkungen auf die Verbraucher:innenpreise (die ohnehin schon aufgrund des Krieges von Trump und Netanjahu gegen den Iran steigen). Auch hier sind die unteren Bevölkerungsschichten am stärksten betroffen.

Die Auswirkungen auf die terrestrischen und aquatischen Lebensräume sind nicht weniger dramatisch. Extreme Hitze, schwere Dürren und Brände führen zum Massensterben von Vögeln, Insekten, Fischen, Amphibien und Säugetieren. Die Schäden an den terrestrischen Ökosystemen (insbesondere Wälder, Heckenlandschaften und Feuchtgebiete) sind am deutlichsten sichtbar, doch auch die Beschleunigung der Veränderungen in den Meereslebensräumen gibt Anlass zur Sorge. Insgesamt bedeutet dies einen weiteren schweren Schlag für eine Artenvielfalt, die bereits durch die Agrarindustrie, die industrielle Fischerei und die Tourismusbranche stark geschwächt ist. Durch eine Art Bumerang-Effekt erleben diese Sektoren nun einen Rückschlag, der nicht ohne globale wirtschaftliche Folgen bleiben wird.

Diese Hitzewellen sind Teil eines Kontextes extremer Wetterphänomene, die sich weltweit häufen. Um nur die jüngsten zu nennen: In Indien stieg das Thermometer im Mai auf 45 °C; in China verursachten besonders heftige Taifune schwere Überschwemmungen in Guangxi, während Xinyang von einer Hitzewelle heimgesucht wurde; auf der Antarktischen Halbinsel wurden mitten im südlichen Winter Temperaturen von +5 °C gemessen, die 20 °C über den saisonalen Durchschnittswerten lagen.

Die Fachleute sind sich einig: Die meisten dieser Ereignisse hätten ohne die globale Erhitzung nicht stattfinden können. Es ist bekannt, dass diese

hauptsächlich auf die Anreicherung riesiger Mengen an CO_2 in der Atmosphäre zurückzuführen ist, die bei der Verbrennung fossiler Brennstoffe freigesetzt werden. Der Mechanismus ist bestens bekannt: Aufgrund der steigenden Konzentration von CO_2 und anderen Treibhausgasen gerät das Erdsystem zunehmend aus dem energetischen Gleichgewicht, was zu immer heftigeren „Anpassungen“ führt. Das ist allerdings erst der Anfang. Die Ozeane nehmen den größten Teil des Energieüberschusses (90%) auf. Die Tatsache, dass sie derzeit das heißeste erste Halbjahr seit Beginn der Aufzeichnungen erleben, ist ein Garant für künftige, noch heftigere Katastrophen. Kurzfristig werden die Auswirkungen durch das Eintreten von El Niño (ein natürliches Phänomen, dessen Rekordintensität wahrscheinlich nicht ohne Zusammenhang mit der Erwärmung der ozeanischen Wassermassen ist) noch verstärkt.

Die Diagnose ist eindeutig: Die globale Erhitzung treibt die Erde gerade in eine Katastrophe, die auf menschlicher Zeitskala unumkehrbar ist. Eine Katastrophe, die insbesondere die Armen in den armen Ländern und die unteren Bevölkerungsschichten in den sogenannten „reichen“ Ländern trifft. Das ist die erste Botschaft der Hitzewelle.

Diese Situation war vorhersehbar und wurde insbesondere in den aufeinanderfolgenden Berichten des IPCC angekündigt. Auch die Antwort ist bekannt: Es ist unbedingt erforderlich, sofort damit zu beginnen, die Treibhausgasemissionen drastisch zu senken und so schnell wie möglich aus der Nutzung fossiler Brennstoffe auszusteigen. Doch nach den großspurigen Ankündigungen des Pariser Abkommens von 2015 („den Temperaturanstieg deutlich unter 2 °C zu halten und gleichzeitig die Bemühungen fortzusetzen, 1,5 °C nicht zu überschreiten“) ging es weiter wie bisher (*business as usual*). Es ist daran zu erinnern, dass das Abkommen fossile Brennstoffe nicht einmal erwähnte. Seine Versprechen zur Stabilisierung des Klimas basierten zu 95 % auf Szenarien, die den massiven Einsatz von CO_2-Abscheidung und -Speicherung, Emissionsausgleich, Geoengineering, „saubere Kohle“ und „kohlenstofffreie Kernenergie“ vorsahen. Die Verkäufer:innen falscher technologischer Lösungen hatten nur eines im Sinn: den Anschein zu erwecken, man könne das Klima auf andere Weise stabilisieren, als die fossilen Brennstoffe im Boden zu belassen. Das Ergebnis ist offensichtlich…

Ein ressourcenschonendes Energiesystem, das zu 100 % auf erneuerbaren Energien basiert, kann die tatsächlichen menschlichen Bedürfnisse unter

Einhaltung der ökologischen Grenzen befriedigen, die demokratisch und solidarisch festgelegt werden. Doch seine Realisierung erfordert eine Senkung des Endenergieverbrauchs durch die Abschaffung unnötiger Produktion und unnötiger Transporte. Genau das will das Kapital jedoch um keinen Preis. Demokratie, Solidarität, die Befriedigung realer Bedürfnisse und die Achtung ökologischer Grenzen sind mit seiner marktwirtschaftlichen Logik des Wettbewerbs um Profit unvereinbarer denn je. Das von Natur aus produktivistische und historisch in fossilen Energien verwurzelte System muss durch Investitionen in Maschinen immer mehr produzieren und Arbeit sowie die Erde immer stärker ausbeuten, um den tendenziellen Rückgang der Profitrate zu bekämpfen. Von einer „Energiewende" kann daher keine Rede sein. Mehr als dreißig Jahre nach dem Erdgipfel (Rio 1992) liegt der Anteil fossiler Brennstoffe am globalen Energiemix immer noch bei rund 80 %, und die jährlichen Emissionen steigen weiter an. Die absurde Logik eines außer Kontrolle geratenen Automaten treibt die Menschheit in den Abgrund.

Das ist die zweite Botschaft dieser Hitzewelle: Seit der industriellen Revolution ist das Kapital fossil. Es bleibt fossil und will es auch weiterhin bleiben – ungeachtet der menschlichen und ökologischen Kosten.

In den letzten Jahren ist ein allgemeiner Rückschlag bei der Umweltpolitik im Allgemeinen und der Klimapolitik im Besonderen zu beobachten („Backlash"). Die COP 28 (2022) hatte halbherzig das Ziel eines „Ausstiegs aus fossilen Brennstoffen" („transitioning away from fossil fuels") verabschiedet. Blablabla. Die Investitionen in Erdöl, Kohle und Erdgas gehen weiter, als wäre nichts geschehen. Die 65 größten Banken haben sie in den Jahren 2024 und 2025 sogar noch erhöht.

Der Rückschlag in den USA ist selbstverständlich heftig, und das nicht erst seit Trump 2 – auch wenn dieser die Speerspitze des Leugner:innentums und des gröbsten Obskurantismus darstellt. Doch der Rückschlag beschränkt sich nicht auf dieses Land, und er begann bereits vor Januar 2024. In ihrem Bericht von 2022 gab die Arbeitsgruppe 3 des IPCC an, um welche Prozentsätze der Verbrauch von Kohle, Erdöl und Erdgas bis 2050 gesenkt werden muss, um eine Chance von 50:50 zu haben, unter 1,5 °C zu bleiben (oder diesen Schwellenwert nicht allzu stark zu überschreiten): 95 %, 60 % bzw. 45 % im Vergleich zu 2019. Die Regierungsvertreter:innen haben diese Schlüsselzahlen aus der 2023 veröffentlichten „Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger:innen"

ausgeblendet. An ihre Stelle setzten sie eine vage Formulierung, die Technologien zur CO_2-Abscheidung und -Speicherung mit erneuerbaren Energien gleichsetzt. In Russland unterzeichnete Putin 2025 ein Dekret, das bis 2035 einen Anstieg der Emissionen um ein Fünftel vorsieht. Es überrascht nicht, dass die Ölmonarchien in großem Stil investieren.

Auch die sogenannte „Klimavorhut" bleibt von diesem Rückschritt nicht verschont. China verlagert „schmutzige" Produktionen nach Südasien, verbrennt Kohle, um die Einschränkungen bei Öl- und Gasimporten auszugleichen, und passt seinen Dekarbonisierungsindikator an, um zu verschleiern, dass es sein Versprechen, die Emissionen bis Ende 2025 auf ihren Höchststand zu bringen, nicht einhält. Die Europäische Kommission schwächt – im Einvernehmen mit den Regierungen und unter dem Druck der Industrie – die ohnehin schon völlig unzureichenden Maßnahmen zur Emissionsregulierung ihres eigenen „Grünen Plans" ab. Das Verbot des Verkaufs von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor nach 2035, Maßnahmen gegen den Import von LNG aus Ländern, die nichts gegen Methanleckagen unternehmen, die Beendigung der Zuteilung kostenloser Emissionszertifikate für Großunternehmen im ETS-System, der Schutz der Arktis: Alles wird durch das Omnibus-Mahlwerk der „Vereinfachung" geschleust. Mitten in einer Hitzewelle hat die Kommission sogar verkündet, dass die Herstellung von Business-Jets eine „nachhaltige" Produktion sei.

Angesichts der Wirtschaftskrise wetteifern alle Mächte, ob groß oder mittelgroß, um die Entwicklung von KI, deren Rechenzentren wahre Klimabomben darstellen. Alle begünstigen die Agrarindustrie – auf Kosten der bäuerlichen Landwirtschaft, ländlicher Gemeinschaften, indigener Völker und der Ökosysteme. Alle beschleunigen zudem das Wettrüsten. Doch Kriege, bei denen fossile Brennstoffe eine zentrale Rolle spielen, haben ebenfalls schwerwiegende Auswirkungen auf das Klima und führen zu Ökozid. Die kumulierten Emissionen der Rüstungsindustrie und des Militärbetriebs (die keiner Berichtspflicht unterliegen!) werden auf 5,5 % der weltweiten Emissionen geschätzt (mehr als die der Zivilluftfahrt und der Seeschifffahrt zusammen).

Der Gipfel der Schande: Während die entwickelten kapitalistischen Staaten die Hauptverantwortlichen für die Katastrophe sind; während Hunderte Millionen Menschen in Asien, Afrika und Lateinamerika bereits 50 bis 100 Tage im Jahr Temperaturen ausgesetzt sind, die ihr physisches Überleben gefährden, überbieten sich die meisten Regierungen der Groß- und Mittelmächte mit

abscheulichen Maßnahmen zur Verfolgung, Razzien, Kriminalisierung, Inhaftierung und Zurückweisung von Migrant:innen. Weder Kinder noch schwangere Frauen werden verschont.

Die Suche nach solch vermeintlich Verantwortlichen zielt offenkundig darauf ab, die Aufmerksamkeit vom Scheitern der kapitalistischen Klimapolitik abzulenken: Laut UNEP (Umweltprogramm der Vereinten Nationen) schwankt die Wahrscheinlichkeit, die Erwärmung im 21. Jahrhundert unter 1,5 °C zu halten – eine rechtliche Verpflichtung laut dem Internationalen Gerichtshof! – zwischen 0 % (bei unveränderter Politik) und 21 % (wenn alle Staaten ihre „Netto-Null"-Versprechen umsetzen würden … die sie jedoch bereitwillig fallen lassen). Die Wahrscheinlichkeit, unter 2 °C zu bleiben, ist kaum beruhigender. Mit der aktuellen Politik werden wird die Erde im Laufe dieses Jahrhunderts durchschnittlich 3 °C heißer sein.

Die Regierungen treffen diese Entscheidungen bewusst und informiert. Sie sind nicht einfach nur unverantwortlich, sondern begehen Klimakriminalität (vgl. den gemeinsamen Leserbrief in *Le Monde* [2] vom 6. Juli 2026). Eine Kriminalität skrupelloser Kapitalist:innen, die sich offen über Gerichtsentscheidungen lustig machen, insbesondere über jene des IGH (Internationalen Gerichtshofs). Eine staatliche, klassenbezogene, rassistische und sexistische Kriminalität. Eine Kriminalität, die zunehmend dazu neigt, sich mit der extremen Rechten zu verbünden (denn die Lehre der Geschichte lautet: Wenn es um Massenmord geht, sind die Faschist:innen unübertroffen). Eine Kriminalität von absolutem, absurdem Nihilismus, die bereit ist, die menschliche Zivilisation und die Reichtümer der Natur auf dem Altar des abscheulichsten Gewinnstrebens zu opfern. Die ignoranten Superreichen halten sich für eine überlegene Spezies und bilden sich ein, dass sie, sobald sie unsterblich geworden sind, ihr Werk des Todes auf dem Planeten Mars fortsetzen können. Die Verbrecher:innen der Unterwelt findet man in der Finanzwelt, auf der höchsten Ebene der bürgerlichen Gesellschaft, wie Marx es vorausgesehen hatte.

Das ist die dritte Botschaft der Hitzewelle: Indem sie der bürgerlichen Demokratie und ihren „Werten" den Rücken kehrt, verbündet sich die diskreditierte konservative Rechte mit der extremen Rechten, um die zerstörerische und kriegstreiberische neoliberale Politik weiter voranzutreiben – im Dienste der Hybris der fossilen Brennstoffindustrie, der Finanzwelt, der Agrarindustrie und des obszönen Luxus der Superreichen, auf Kosten der

Volksklassen.

Mittel- und langfristig wird es kein Zurück mehr geben. Was verloren ist, ist verloren. Ausgestorbene Arten werden nicht wieder auftauchen. Die abgeschmolzenen Gletscher werden sich nicht wieder bilden. Die Ozeane werden nicht wieder ihren Stand von vor einem Jahrhundert erreichen (der jährliche Anstieg des Meeresspiegels ist heute mehr als doppelt so hoch wie der, der zwischen 1956 und 1975 beobachtet wurde!). Das Holozän, jene geologische Epoche, die die Entfaltung der menschlichen Zivilisation ermöglichte, ist vorbei.

Wohin steuern wir? Laut einer aktuellen Studie hängt das „optimistische Szenario" eines „beherrschbaren Anthropozäns" – weniger als 2 °C Erwärmung bis 2100, Rückkehr um 2200 zu einer Temperatur, die etwas (1 °C) über den Werten des Holozäns liegt – nur noch an einem seidenen Faden. Tatsächlich führt uns die kapitalistische Politik auf einen anderen Weg – das „gefährliche Anthropozän": +3 °C bis 2100, +3,5 °C bis 2200. Die Katastrophen von heute (bei +1,4 °C) zeigen, dass diese Gefahr sehr ernst zu nehmen ist. Doch es könnte noch schlimmer kommen. Schon wenige Überraschungen (beispielsweise ein plötzlicher Rückgang der CO_2-Bindung durch Wälder) könnten ausreichen, damit der Planet noch vor 2100 in Richtung eines Temperaturanstiegs von über 4 °C abdriftet, ohne dass menschliches Handeln dem noch entgegenwirken könnte. Ein „unbeherrschbares Anthropozän", so die Autor:innen.

Die Angst, die Studien dieser Art auslösen können, ist verständlich. Man muss ihr jedoch entgegenwirken, indem man betont, dass diese Prognosen auf der Grundlage von IPCC-Szenarien erstellt wurden, die alle das Dogma eines kontinuierlichen Wachstums des Primärenergieverbrauchs, der materiellen Produktion und des Verkehrsaufkommens beinhalten. Mit anderen Worten: Sie bestätigen, dass die Rettung der Lebensbedingungen auf der Erde mit der Fortsetzung der kapitalistischen Akkumulation absolut unvereinbar ist. (Das sogenannte „optimistische" Szenario entgeht dieser Unvereinbarkeit nur teilweise, indem es den massiven Einsatz von Zaubertechnologien zur CO_2-Abscheidung und -Speicherung voraussetzt.) Aber beseitigen wir den Zwang der kapitalistischen Akkumulation, die wachsende Ungleichheiten hervorbringt; akzeptieren wir die Perspektive einer Wirtschaft, die auf der Befriedigung realer menschlicher Bedürfnisse basiert; akzeptieren wir die Priorität, sich um Menschen und die Natur zu „kümmern"; akzeptieren wir die Idee, unnötige und schädliche Produktionszweige und Verkehrszweige abzuschaffen und dabei

Beschäftigung und Einkommen für alle zu garantieren. In diesem Fall ändern sich die Rahmenbedingungen grundlegend, es erscheint Licht am Ende des Tunnels. Es reicht natürlich nicht aus, das nur zu sagen! Aber man muss es sagen, denn abseits dieser Wahrheit gibt es keine Hoffnung.

Das ist die vierte Botschaft der Hitzewelle: Nichts wäre schlimmer, als sich damit abzufinden. Es ist noch Zeit zu handeln. Wer kämpft, kann zwar verlieren, aber in jeder Phase der Katastrophe machen der Kampf, die Solidarität und die gegenseitige Hilfe den Unterschied aus.

Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Katastrophe bereits im Gange ist und sich die Lage verändert, ja sogar verschlimmert hat. Wir müssen nun Anpassung und Eindämmung miteinander verbinden, das heißt sofortigen Schutz vor den schädlichen Auswirkungen der Störung des Klimas und den Kampf gegen dessen Ursachen – in erster Linie die Verbrennung fossiler Brennstoffe, aber auch die Entwaldung und die Agrarindustrie. Doch die Anpassungsmöglichkeiten sind begrenzt. Für die Korallenriffe sind sie bereits am Limit. Bei einer Erwärmung um +3 °C ist sicherlich keine Anpassung mehr möglich. Die Wahrheit ist, dass bereits jetzt jedes Zehntelgrad Erwärmung die Anpassungsmöglichkeiten sowohl für die Gesellschaft als auch für die Ökosysteme einschränkt.

Im Gegensatz zu der von den Kapitalist:innen als Mittel zur Vermeidung von Emissionsreduktionen propagierten „Anpassung“ (tatsächlich eine Fehlanpassung, wie der Weltklimarat sagt) wollen wir beides gleichzeitig durchsetzen. Das bedeutet eine öffentliche, demokratische, soziale und feministische Anpassung, die den mit nahezu absoluter Sicherheit bekannten zukünftigen Klimaentwicklungen vorgreift. Eine Anpassung, die den Erfordernissen der Emissionsreduktion entspricht, und keine falschen, energieintensiven Einzellösungen. Nur eine massive und entschlossene Mobilisierung kann dieser doppelten Dringlichkeit Geltung verschaffen.

Aufbau einer internationalistischen Massenbewegung für soziale und klimatische Gerechtigkeit

Eine Bewegung, die sich an den unmittelbaren Bedürfnisse der Bevölkerung orientiert – jener Menschen, die die sozialen, humanitären und gesundheitlichen

Folgen der produktivistischen Flucht nach vorn mit voller Wucht zu spüren bekommen.

Eine Bewegung, die vor den Klimakriminellen aus der Finanz-, Energie- und Agrarindustrie nicht kapituliert und deren Entmachtung fordert – als Voraussetzung für die Ausarbeitung einer globalen Politik im Hinblick auf eine andere, gute, wahrhaft menschliche, ökosozialistische Gesellschaft.

Eine Bewegung, die es ermöglicht, für konkrete und unmittelbare Ziele zu mobilisieren, indem sie vorrangig den Konsum der Superreichen ins Visier nimmt (Privatjets, Superyachten, Flugquoten…); indem sie die verschiedenen Mobilisierungen gegen unnötige und zerstörerische Projekte (Straßeninfrastruktur, riesige Einkaufszentren, Verkehrsanlagen, Sportanlagen…) verstärkt und bündelt; indem sie Kampagnen für ökologische und soziale Forderungen wie den kostenlosen öffentlichen Nahverkehr, die Agrarökologie führt;

Eine Bewegung, die auch – da es weitere Hitzewellen geben wird – in der Lage ist, einen gemeinsam mit den direkt Betroffenen erarbeiteten Notfallplan zu verteidigen, um diejenigen zu schützen, die am stärksten betroffen sind – ältere Menschen, Kinder, Schwangere, chronisch Kranke: einen Plan zur Wärmedämmung von Gebäuden, beginnend mit Schulen, Krankenhäusern und öffentlichen Gebäuden; Begrünung der Ballungsräume zur Bekämpfung von Wärmeinseln; Öffnung für die Allgemeinheit und Anpassung der Öffnungszeiten von Orten, an denen man sich abkühlen kann – Bibliotheken, Gärten und Parks, Schwimmbäder; kostenlose Nutzung und Anpassung des öffentlichen Nahverkehrs, um den Autoverkehr zu reduzieren und so die Luftverschmutzung durch Feinstaub, Ozon, NOx zu senken

Neue, unverzichtbare und mögliche Bündnisse

Ökosoziale Mobilisierungen gibt es bereits. Jugendliche und Bäuer:innen sind darin bereits stark vertreten. Angesichts der Hitzewellen haben die Jugendlichen das Schuljahr in ihren zu Backöfen gewordenen Schulgebäuden beendet und – schlimmer noch – sagen sich, dass sie „vielleicht gerade den kühlsten Sommer ihres restlichen Lebens erleben“. Die Landwirt:innen sehen nicht nur ihre Arbeitsmittel, sondern auch ihren Beruf und ihr Leben leiden und verschwinden.

Frauen sind in der Mehrheit und stehen oft an der Spitze dieser Mobilisierungen. Die Hitzewellen bringen sie noch stärker an vorderster Front, um den sich verschlechternden Lebens- und Gesundheitsbedingungen entgegenzuwirken. Zudem verursachen Hitzewellen zwar keine patriarchalische Gewalt, schaffen aber die Bedingungen, die die Verschärfung bereits gewalttätiger Situationen begünstigen. Laut einer Studie der Vereinten Nationen könnten bei einer Erwärmung um 2 °C bis zum Jahr 2090 jährlich 40 Millionen Frauen und Mädchen zusätzlich Opfer häuslicher Gewalt werden. Kein Feminismus ohne Klimakampf, kein Klimakampf ohne Feminismus!

Die wiederkehrenden Hitzewellen schaffen die Voraussetzungen für neue Annäherungen

In der Vergangenheit fiel es der Klimabewegung schwer, eine echte Verbindung zur Arbeiter:innenbewegung herzustellen.

Heute sind die Themen Arbeit, Arbeitsbedingungen und Gesundheit am Arbeitsplatz objektiv gesehen von zentraler Bedeutung: Die ohnehin schon beschwerlichen Bedingungen bei Arbeiten im Freien (Bauwesen, Tiefbau, Landwirtschaft…) werden geradezu unerträglich, gefährlich oder sogar lebensbedrohlich, die Arbeitsräume sind für die extreme Hitze ungeeignet, die Bedingungen beim Pendeln zwischen Wohnort und Arbeitsplatz haben sich verschlechtert. Den Gewerkschaften kommt eine wesentliche Rolle zu, um die Frage der Arbeitsbedingungen kollektiv, fordernd und mobilisierend anzusprechen, die Selbstorganisation von Arbeitskollektiven zu fördern, um geeignete Antworten zu erarbeiten und diese durchzusetzen: Recht auf Arbeitsverweigerung, Arbeitszeitverkürzung, keine Arbeit nach 14 Uhr (sonnenmittags), 10-minütige Pausen, Homeoffice, Lohngarantie.

Darüber hinaus kommt der Arbeiter:innenbewegung eine entscheidende Rolle zu, um die Gesundheit am Arbeitsplatz mit der Gesundheit im Allgemeinen zu verknüpfen und dies zu einer Priorität zu machen, die je nach Wirtschaftszweig konkretisiert werden muss.

In den Industriezweigen eröffnet der äußerst konkrete und hautnah erlebte Charakter der aktuellen Krise die Möglichkeit, nicht nur die Arbeitsbedingungen,

sondern auch den gesellschaftlichen Nutzen der Tätigkeiten und Produktionen im Hinblick auf die Auswirkungen auf Gesundheit, Umwelt und das Klima zu hinterfragen. Sie bietet eine Chance, den produktivistischen Konsens zu durchbrechen, der die Gewerkschaften noch allzu oft dazu bringt, im Namen der Arbeitsplatzsicherung ökologisch schädliche Produktionen zu verteidigen.

Im Dienstleistungssektor geht es darum, den Zusammenhang zwischen der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und der Verschlechterung der Betreuungsbedingungen für die Nutzer:innen – Schüler:innen in Bildungseinrichtungen, Nutzer:innen des öffentlichen Nahverkehrs usw. – aufzuzeigen.

Gesundheit und Pflege – eine Frage der gesellschaftlichen Entscheidung.

Krankenhäuser, Gesundheits- und Pflegedienste (häusliche Pflege, Betreuung pflegebedürftiger Menschen) sind durch jahrelange liberale Politik, fehlende Mittel und mangelnde Wertschätzung gegenüber dem Personal, den Nutzer:innen und den Patient:innen geschwächt.

Die Hitzewellen von heute, wie jede andere Gesundheitskatastrophe auch, machen nur die verheerenden Auswirkungen des Rückzugs des Staates und der Vorherrschaft von Wettbewerb und Kommerzialisierung deutlich. Das System bricht zusammen. Die ohnehin schon kolossalen Ungleichheiten in Bezug auf Gesundheit und Zugang zur Gesundheitsversorgung werden immer größer.

Eine Mobilisierung für Gesundheit und Pflege, die die verschiedenen Komponenten miteinander verknüpft – Prävention, Versorgung und Zugang zu gut ausgestatteten und personell besetzten öffentlichen Einrichtungen, Gesundheit am Arbeitsplatz, Umweltgesundheit – ist ein wesentlicher Bestandteil sozialer und klimatischer Gerechtigkeit.

Kluft zwischen Wissenschaft und Kapital

Während die radikalsten und unverhohlensten Leugner:innen der Wissenschaft einen regelrechten offenen Krieg führen und politische Entscheidungsträger:innen alle Warnungen missachten, die auf dem Konsens wissenschaftlicher Arbeiten beruhen, erscheint es für immer mehr Forscher:innen

unmöglich, sich aus politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen herauszuhalten. Die sich abzeichnende tiefere Kluft zwischen Wissenschaft und Kapital ist eine weitere strategische Chance. So fordern in Frankreich beispielsweise mehrere Dutzend Wissenschaftler:innen, Ärzt:innen, Forscher:innen, Philosoph:innen und Künstler:innen ein Klimanotstandsgesetz, das unter anderem allen französischen Unternehmen verbieten würde, sich in Frankreich oder anderswo an einem neuen fossilen Projekt – sei es ein Kohlebergwerk, eine Ölquelle oder ein Gasfeld – zu beteiligen und „alle Subventionen für fossile Energien" abschaffen würde. Die Bedeutung solcher Stellungnahmen ist immens, um den Kämpfen für eine ökosozialistische Alternative Glaubwürdigkeit zu verleihen, ohne dabei die Selbstorganisation und demokratische Entscheidungen zu ersetzen.

Kampf für das Klima und antifaschistischen Kampf zusammenführen

Schließlich gibt es zahlreiche Verbindungen zwischen dem Klimaleugner:innen und der extremen Rechten in ihren verschiedenen Ausprägungen. Von Trump über Putin bis hin zu Millei und den rechtsextremen Parteien in Europa – sie alle bringen Warner:innen zum Schweigen und unterstützen Medien, die sich ausschließlich der Desinformation widmen; sie alle sind erbitterte Verfechter:innen fossiler Brennstoffe und des Rohstoffabbaus sowie fanatische Befürworter der KI, der Automobil- und Luftfahrtindustrie sowie der Rüstungsindustrie. Auch wenn sie nicht die Einzigen sind, bedeutet ihr Machtantritt dennoch immer einen qualitativen Sprung in die schlimmste aller Welten, in die selektive Anpassung an die Katastrophe, an der sie selbst schuld sind, zum Vorteil ihrer privilegierten Minderheit. Ihr Sexismus, ihr Rassismus, ihr Hass auf Migrant:innen, ihre Ideologie des Rechts des Stärkeren stehen im krassen Gegensatz zu dem, was die Menschheit braucht, um die schlimmste Krise zu bewältigen, die der produktivistische Kapitalismus verursacht hat. Der Kampf für das Klima und der antifaschistische Kampf müssen Hand in Hand gehen.

Wir werden nicht in die Welt von früher zurückkehren, aber wir haben noch die Möglichkeit zu leben – und gut zu leben, indem wir uns um die Schönheit der Erde kümmern.

Von den kapitalistischen Regierungen ist nichts zu erwarten. Hitzewellen

bestätigen dies ebenso wie andere Klimakatastrophen: Wir müssen mit diesem System und seiner Logik brechen. Lasst uns gemeinsam aus dem Leid, der Trauer, der Fassungslosigkeit, der Wut und dem Verlust, die wir in diesen extremen Zeiten erlebt haben, die Kraft, die Entschlossenheit und die Kreativität schöpfen, die der Herausforderung gerecht werden: Lasst uns aufstehen, lasst uns uns vereinen, um die Bewohnbarkeit der Welt heute und für künftige Generationen zu bewahren. Lasst uns gemeinsam durch unsere Kämpfe und unsere demokratische Organisation eine politische Alternative durchsetzen, die sich ganz diesem existenziellen Ziel verschreibt.

Quelle:
https://emanzipation.org/2026/08/hitzewellen-wut-und-traurigkeit-und-trotz-allem-hoffnung/

Referenzen

Der Artikel erschien zunächst auf Französisch am 14. Juli 2026 in der Zeitschrift *inprecor*.[3]

[1] Ende Juli setzte eine vierte Hitzewelle ein.

[2] Canicule : « Tant que l'industrie fossile continuera d'ignorer les lois de la physique, les événements climatiques extrêmes gagneront en intensité et en fréquence » *Le Monde* 6 juillet 2026. https://www.lemonde.fr/idees/article/2026/07/06/canicule-tant-que-l-industrie-fossile-continuera-d-ignorer-les-lois-de-la-physique-les-evenements-climatiques-extremes-gagneront-en-intensite-et-en-frequence_6721060_3232.html. Die vollständige Liste der Unterzeichner :innen findet sich hier : https://bloomassociation.org/wp-content/uploads/2026/07/Signataires-Loi-urgence-climatique.pdf

[3] Christine Poupin et Daniel Tanuro : Canicules : la rage et la tristesse. Et l'espoir, malgré tout. *Inprecor*, 14 juilllet 2026 https://inprecor.fr/canicules-la-rage-et-la-tristesse-et-lespoir-malgre-tout